



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Mexiko 2022

Auch im Jahr 2022 kam es in Mexiko wieder zu massiven Menschenrechtsverletzungen. Gewaltanwendung durch die Nationalgarde und Streitkräfte, sowie Beschwerden gegen das Verteidigungsministerium waren an der Tagesordnung.

In einigen Bundesstaaten gingen die Sicherheitskräfte gewaltsam gegen protestierende Frauen vor. Die Zahl der getöteten Journalist*innen blieb 2022 auf Rekordniveau. Vielen der Opfer waren offizielle Schutzmaßnahmen gewährt worden. Am Jahresende waren mehr als 109.000 Menschen als vermisst bzw. verschwunden registriert. Die Militarisierung der inneren Sicherheit setzte sich fort, und die Beteiligung der Streitkräfte an entsprechenden Einsätzen wurde bis 2028 gesetzlich festgeschrieben. Die Nationalgarde ging bei mehreren Einsätzen mit exzessiver Gewalt vor. Opfer von Menschenrechtsverletzungen und deren Familien konnten ihr Recht auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung nicht geltend machen, weil es an Transparenz, Rechenschaftspflicht und dem Zugang zu den erforderlichen Informationen mangelte.

Die Nationalgarde und das Verteidigungsministerium zählten zu den zehn Bundesinstitutionen, gegen die 2022 die meisten Beschwerden wegen Menschenrechtsverletzungen erhoben wurden: Die Nationale Menschenrechtskommission (*Comisión Nacional de los Derechos Humanos*) erhielt 476 Beschwerden gegen die Nationalgarde und 404 gegen das Verteidigungsministerium aufgrund völkerrechtlicher Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen wie Folter, Tötungen, Verschwindenlassen und willkürlichen Inhaftierungen.

Exzessive Gewaltanwendung

Im April 2022 schoss ein Angehöriger der Nationalgarde in der Stadt Irapuato (Bundesstaat Guanajuato) auf ein Auto, in dem Studierende der Universität von Guanajuato saßen. Dabei wurde ein Student getötet und eine Studentin schwer verletzt.

Im August 2022 gaben Angehörige der Nationalgarde in der Stadt Nuevo Laredo (Bundesstaat Tamaulipas) Schüsse auf ein Auto ab, in dem eine Frau mit ihren beiden Kindern unterwegs war. Die vierjährige Tochter wurde getötet und ihr siebenjähriger Bruder verletzt.

Folter und andere Misshandlungen

Nach Angaben des Nationalen Registers für Folterverbrechen (*Registro Nacional del Delito de Tortura*) wurden von Januar bis September 2022 insgesamt 1.840 Fälle von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung durch Staatsbedienstete angezeigt. Die Gesamtzahl der seit 2018 gemeldeten Fälle stieg damit auf 14.243 an. Die meisten Anzeigen gab es in Mexiko-Stadt sowie in den Bundesstaaten México und Chihuahua. Es war von einer hohen Dunkelziffer auszugehen, denn laut einer landesweiten Umfrage des Nationalen Instituts für Statistik und Geografie zu Viktimisierung und Wahrnehmung der öffentlichen Sicherheit wurden mehr als 93 Prozent aller Straftaten im Land nicht angezeigt. Ein Grund hierfür war, dass die meisten angezeigten Straftaten nicht geahndet wurden.

Verschwindenlassen

Die Behörden registrierten 2022 mindestens 9.826 Fälle vermisster oder verschwundener Personen. Die Gesamtzahl der in Mexiko seit 1964 als vermisst oder verschwunden gemeldeten Personen stieg damit auf mehr als 109.000 an. Fälle von Verschwindenlassen wurden weiterhin kaum geahndet: im Jahr 2022 gab es laut der Nationalen Suchkommission (*Comisión Nacional de Búsqueda*) lediglich 36 Schuldsprüche in diesbezüglichen Gerichtsverfahren.

In einem 2022 veröffentlichten Bericht sprach der UN-Ausschuss über das Verschwindenlassen von einer Krise der Forensik in Mexiko, weil die sterblichen Überreste von mehr als 52.000 Personen noch immer nicht identifiziert waren.

Der Unterstaatssekretär für Menschenrechte, Bevölkerung und Migration kündigte im August an, ein Nationales Zentrum zur Identifizierung unbekannter Toter (*Centro Nacional de Identificación Humana*) einzurichten, um die Ermittlungen in Fällen des Verschwindenlassens sowie die Arbeit von Staatsanwaltschaften und Rechtsbeiständen zu unterstützen.

Menschenrechtsverteidiger*innen

Menschenrechtsverteidiger*innen wurden 2022 weiterhin bedroht, stigmatisiert, ungerechtfertigt inhaftiert, gefoltert und getötet. Auch ihre Familienangehörigen waren zum Teil Drohungen ausgesetzt. Menschenrechtsverteidigerinnen waren zudem sexualisierter Gewalt ausgesetzt.

Im Laufe des Jahres wurden mindestens zehn Menschenrechtsverteidiger*innen getötet. Die Organisation *Global Witness* veröffentlichte 2022 einen Bericht, wonach im Vorjahr 54 Personen getötet worden waren, die sich für Landrechte und Umweltschutz eingesetzt hatten. Damit war Mexiko für Verfechter*innen dieser Rechte das gefährlichste Land weltweit.

Femizide

Der Generalstaatsanwalt des Bundesstaates México sagte am 15. November 2022 zum dritten Mal eine öffentliche Veranstaltung ab, bei der sich bei den Opfern von Feminiziden entschuldigen wollte. (Der in Mexiko verwendete Begriff "Feminizid" statt "Femizid" verdeutlicht die politische Dimension von Morden an Frauen bei weitgehender Straflosigkeit.)

Dies stellt einen Rückschritt für Frauenrechte in Mexiko dar. Amnesty International fordert die Generalstaatsanwaltschaft auf, die öffentliche Entschuldigung umgehend abzugeben, um Gerechtigkeit und umfassende Wiedergutmachung für die Opfer und ihre Familien zu gewährleisten.

Von den insgesamt 32 Bundesstaaten Mexikos verzeichnet México eine besonders hohe Quote geschlechtsspezifischer Gewalt. Laut Angaben des Sekretariats für Öffentliche Sicherheit (*Secretariado Ejecutivo del Sistema Nacional de Seguridad Pública*) wurden im Bundesstaat México zwischen dem 1. Januar und 31. Oktober 2022 mindestens 120 Feminizide begangen – mehr als in jedem anderen mexikanischen Bundesstaat. Ebenfalls besorgniserregend sind die zahlreichen Fälle des Verschwindenlassens von Frauen und Mädchen im Bundesstaat México. Daten der Nationalen Suchkommission (*Comisión Nacional de Búsqueda*) zeigen auf, dass der Verbleib von 353 Frauen und Mädchen, die zwischen dem 1. Januar und 31. Oktober 2022 in dem Bundesstaat als vermisst gemeldet wurden, nach wie vor ungeklärt ist.

Vor diesem Hintergrund hatte der Generalstaatsanwalt von México zu vier Fällen von Verschwindenlassen und Feminizid eine öffentliche Entschuldigung versprochen. Hierbei handelt es sich um die Fälle von: Nadia Muciño Márquez, die 2004 verschwand und getötet wurde; Daniela Sánchez Curiel, die 2015 verschwand und deren Verbleib unbekannt ist – ihre Familie geht davon aus, dass sie Opfer eines Feminizids wurde; Diana Velázquez Florencio, die 2017 verschwand und getötet wurde; und Julia Sosa Conde, die 2018 verschwand und getötet wurde.

www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/mexiko-2022#section-23581227

www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/mexiko-gerechtigkeit-fuer-getoetete-frauen-2022-12-14